

Kommentare und Berichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 8

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

DEUTSCHLANDS «JUNGE LINKE»

Antiautoritäre, kritisch gegen das Bestehende gerichtete Jugendbewegungen hat es in Deutschland schon mehrfach gegeben – mit durchaus zweifelhaften Ergebnissen. Das beginnt mit den studentischen Burschen- und Landsmannschaften, die, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gebildet oder neu entwickelt, zunächst gegen den alten Obrigkeitsstaat antraten, um später jedoch mehr und mehr in Nationalismus, Antisemitismus und pseudofeudale Riten abzugleiten. Es gilt für die Jugendbewegung seit der Jahrhundertwende, von der der Begriff stammt; sie trat zum Protest gegen autoritäre bürgerliche Elternhäuser und Schulen an, nahm aber, soweit nicht bereits 1914 bei Langemarck vernichtet, in der Weimarer Republik grösstenteils – im Kampf gegen das bestehende «System» – eine «völkische» Wendung; mit wenigen Ausnahmen endete sie im Dritten Reich und schliesslich in Stalingrad. Übrigens war die deutsche Studentenschaft die erste gesamtdeutsche Institution, in der die Nationalsozialisten noch vor 1933 die Mehrheit eroberten.

Aber, so mag man fragen, ist der Vergleich denn zulässig, ist nicht heute alles anders, steht man nicht jetzt links statt rechts, proletarisch gegen statt für das Bürgertum, für Vernunft statt Irrationalismus, für Mündigkeit statt Repression, für Demokratie gegen Faschismus, für Sozialismus gegen Herrschaft? Wir wollen sehen.

Elitismus und Gewaltsamkeit

Vorab ist nochmals daran zu erinnern, dass auch die früheren Jugendbewegungen

in kritischer Rebellion gegen autoritäre bürgerliche Elternhäuser, Bildungsstätten und politische Systeme begannen. Und die heutigen Rebellen sind, soziologisch gesehen, nur proletarisch verkleidete Kinder des neu etablierten Bildungs- und Besitzbürgertums. Daraus folgt zwangsläufig – subjektiv nicht gewollt, aber als objektiver Tatbestand – ein elitärer Charakter der Bewegung. Das zeigt sich schon an der Sprache, am esoterischen Jargon, mit der man den Massen, die man doch revolutionieren und «aufklären» möchte, unverständlich bleibt. Hieraus wiederum folgt, dass man die Not, eine winzige Minderheit zu sein, zur Tugend der Avantgarde «umfunktionieren» muss (um einen APO-Modebegriff zu brauchen).

Hiermit jedoch gerät man, wiederum ungewollt zunächst, gleichviel in die Nähe zu Lenins Kaderorganisation der Berufsrevolutionäre, die für das Proletariat, aber gegen dessen nur reformistische Tendenzen, also notfalls diktatorisch, die Revolution vollzieht. Es folgt als nächste Konsequenz ein zunächst ambivalentes, dann immer eindeutigeres Verhältnis zur *Gewalt*, zur Missachtung herkömmlicher demokratischer Spielregeln und schliesslich der Demokratie selbst: Da nur die Minderheit aufgeklärt, die Mehrheit aber «manipuliert», durch künstliche Bedürfnisanheizung ans bestehende System von Produktion und Konsum gekettet ist, kann man nicht durch Mehrheitsentscheid zum Ziel kommen, sondern einzig dadurch, dass man mittels provokatorischer Gegengewalt die herrschende Gewalt zwingt, als das, was sie ihrem Wesen nach ist, nämlich als pure Unterdrückung, als Faschismus, her-

vorzutreten, damit die Gewalt sich in ihrer Gewalttätigkeit entlarvt und so als erlebte Unterdrückungspraxis massenhafte «Lernprozesse» in Gang bringt, die in den Willen zur Revolution münden. Weil aber jede Provokation, oft wiederholt, abstumpft, muss man die eigene, provozierende Gegen-Gewalt dauernd steigern, und es ergibt sich eine konsequente Entwicklung: Erst wandte man sich gegen alle Gewaltanwendung, dann unterschied man die Gewalt gegen Sachen von der gegen Personen, inzwischen ist auch das überholt.

Voraussetzung ist bei alledem natürlich, dass man der eigenen Diagnose absolut sicher ist: «Das System ist faschistisch.» Schlägt es auf eine Provokation hin brutal zurück, so hat man den Beweis; tut es das einmal nicht, so ergibt sich – bezeichnender Vorgang! – Selbstkritik: «Wir haben etwas falsch gemacht, nicht richtig, nachdrücklich, gezielt genug provoziert.» Die Frage, ob es nicht womöglich auch anders sein könnte, ob das bestehende System trotz aller seiner Mängel etwas qualitativ anderes als «faschistisch» sein könnte, stellt sich gar nicht mehr.

Fetischismus mit Begriffshülsen

Wiederum ergibt sich eine fatale Konsequenz: Das Sichersein im voraus, psychologisch dem revolutionären Engagement wohl unerlässlich, verwandelt hinterrücks die proklamierte Vernunft, Aufklärung, Rationalität in Irrationalität, Fetischismus und Idolatrie. Denn Vernunft ist, um *Karl Jaspers* zu zitieren, ihrem Wesen nach «in Bewegung ohne gesicherten Bestand. Sie drängt zur Kritik jeder gewonnenen Position, steht im Gegensatz zu der Neigung, sich durch endgültig feste Gedanken vom weiteren Denken zu befreien». Es ist erschreckend zu sehen, wie mehr und mehr alle theoretische Differenziertheit verloren geht, wie mit ständig wiederholten Begriffshülsen ohne Anschauung und Konkretion operiert wird: «Faschismus», «Imperialismus», «Manipulation» ... Oder in den Worten eines Tschechen, dem die anrei-

senden deutschen Genossen auf die Nerven gingen: «Sie wissen überhaupt nichts, aber sie wissen alles besser.» Ein, wie zu befürchten steht, nicht eben origineller deutscher Charakterzug!

Die Gegenprobe liefert der Umgang mit Begriffen wie «Toleranz» und «Liberalität». *Toleranz* gehört notwendig zur offenen, selbstkritisch im dialektischen Prozess aufklärenden Vernunft; sie wird indessen als «repressiv» gebrandmarkt, und der *Liberale* ist der eigentliche Gegner. Denn er, zu Kompromissen und Reformen prinzipiell bereit, verhängt und verstellt ja den sonst eindeutig repressiv-faschistischen Systemcharakter. Immer wieder und immer mehr kann man deshalb beobachten, wie die studentische Aggression sich nicht etwa in erster Linie gegen konservative oder eindeutig reaktionäre Professoren richtet, sondern gegen die Linksliberalen, die Progressiven, die Reformen.

Liberalität am Ende

Fatal ist im übrigen, dass man im Sinne dessen, was die Amerikaner «self-fulfilling prophecy» nennen, genau das produziert, was man verbal verabscheut: Je mehr man Gegengewalt eskaliert, um die herrschende Gewalt zu entlarven, um so mehr drängt man diese natürlich dazu, nun wirklich rein *reaktionär* zu reagieren, schon begonnene Reformvorhaben als aussichtslos abzubrechen, Ruhe und Ordnung brutal zu restaurieren. In diesem Sinne ist eine ständig fortschreitende Klimavergiftung festzustellen; man geht kaum fehl in der Annahme, dass rund 90 Prozent der westdeutschen Bevölkerung sich gegenüber den rebellischen Studenten heute in einer latenten Pogromstimmung befinden, die jederzeit sich entladen kann.

Was bei alledem zum Teufel geht, ist, einmal mehr, die demokratische Mitte, sind Vernunft, Liberalität, Reformenergien und diejenigen, die als Personen für sie eintreten. Das macht die Lage so unerträglich: Nach einer Seite kann man kämpfen, aber man muss dann den Rücken

frei haben. Man wird aber von zwei Seiten zugleich angegriffen, als «Verräter» denunziert von Revolutionären *und* Reaktionären, die sich wechselseitig aneinander bestärken und durch Dazwischentretende nur gestört fühlen.

Zurück zur Weimarer Republik?

Es hat den Anschein, als kehrten wir mit alledem mehr und mehr in die Konfiguration der Weimarer Republik zurück, in der Extreme die Entwicklung bestimmen und sich in ihrer Polarisierung zugleich insgeheim angleichen, verbunden in der Verachtung für demokratische Spielregeln, Parlamentarismus, Liberalität, verbunden auch im Freund-Feind-Denken nach dem Muster Carl Schmitts, in der nur vordergründigen Politisierung, ja Entpolitisierung noch im Gewande radikaler Politisierung. Denn das «alles oder nichts» und der Horror vor der offenen, niemals abschliessbaren, immer mit gegensätzlichen Interessen, mit mühevollen Konflikten und Kompromissen beladenen Situation, die Flucht in die geschlossene Gemeinschaft, in ihre scheinhafte Geborgenheit, ans wärmende Feuer der Eschatologien: das alles *ist* essentiell unpolitisch. Es zeigt sich im übrigen auch, einmal mehr, das ganze alte Arsenal des Kulturpessimismus, der Zivili-

sationsfeindschaft, der prinzipielle Affekt gegen Konkurrenz, Leistungsprinzip, Arbeitsteilung, der Aberglaube ans Allheilmittel direkter Demokratie und imperativen Mandats, was doch nur im eidgenössischen Urkanton seine Chance hatte – beziehungsweise in der ständischen Notablenversammlung vor 1789.

Von *Marx* bleibt bei alledem wenig übrig, ausser gewissen Romantizismen deutscher Bürgerlichkeit, von denen selbst er nicht frei war: dem Traum von der Restauration der «allseitig gebildeten Persönlichkeit» und der Aufhebung jeglicher Entfremdung. Aber alles sonstige geht über Bord; es ist ja hanebüchen romantisch und unmarxistisch, wenn man die Vorbilder für Mitteleuropa im bolivianischen oder vietnamesischen Busch sucht. Und der Bewegung Prophet, *Herbert Marcuse*, war wohl kaum zufällig Assistent bei Martin Heidegger, der wie kein zweiter Philosoph des 20. Jahrhunderts den deutschen bildungsbürgerlichen Antizivilisations- und Antigesellschaftsaffekt markiert. Gesellschaft als die uneigentliche Existenz im defizienten Modus, in der Verfallenheit ans «man» – genau dies findet sich, nur oberflächlich marxistisch drapiert, bei *Marcuse* und bei seinen Jüngern.

Christian Graf von Krockow

«MACHTWECHSEL» IN BONN

Das Ergebnis der deutschen Bundestagswahlen vom 28. September ist Ausdruck der *innenpolitischen Stabilität* der Bundesrepublik: wie in jeden Wahlen seit 1949 ist es der Christlich-Demokratischen Union gelungen, ihre Spitzenposition als stärkste Partei des Landes zu verteidigen; die Sozialdemokraten haben ihren langsamen, stetigen Aufstieg fortgesetzt und erstmals die Vierzigprozent-Grenze überschritten, die extremen Kräfte zur Rechten wie zur Linken sind an der Fünfprozent-Klausel gescheitert. Wenn diese Wahl

trotzdem zu einem Umsturz der politischen Verhältnisse in Westdeutschland geführt hat, so liegt dies am Entscheid der *Freien Demokraten*, die zwar eine vernichtende Niederlage erlitten haben und fast auf ihr parlamentarisches Existenzminimum zusammengeschrumpft sind, trotzdem aber – wie schon oft in der Vergangenheit – die Rolle des *Züngleins an der Waage* spielen können. Dieses Mal hat sich die FDP-Führung dafür entschieden, die Öffnung nach links zu wagen und mit den Sozialdemokraten ein Regierungsbündnis einzu-

gehen. Die CDU/CSU, obschon nach wie vor stärkste Fraktion des Bundestages, sieht sich plötzlich in die ihr ungewohnte Rolle der Opposition verbannt.

Prekäre Mehrheitsverhältnisse

Es ist das Paradoxon an dieser Wahl, dass sich die beiden Verlierer nun für eine Regierung stark machen müssen, die im Parlament nur über eine hauchdünne Majorität verfügt. Die beiden Verlierer: es ist klar, dass nicht nur die FDP vom Wahlausgang enttäuscht sein muss, sondern dass auch die hochgespannten Erwartungen der Sozialdemokraten, endlich einmal die CDU/CSU zu überrunden, nicht in Erfüllung gegangen sind. Die SPD-Führung hat jedoch noch in der Wahlnacht taktisch klug reagiert und sofort den Freien Demokraten die *Koalition* angeboten. Sie konnte dies mit einiger Berechtigung tun, denn bei der Konstellation, wie sie sich nach dem Volksentscheid ergab, war das Bündnis zwischen SPD und FDP die einzige Kombination, die im vorangegangenen Wahlkampf nicht hoffnungslos emotional vorbelastet worden war. Ein Zusammengehen zwischen CDU und FDP hätte letzterer erneut das Odium der «Umfallerpartei» verliehen, und eine Erneuerung der Grossen Koalition schien nach den hitzigen Auseinandersetzungen in den letzten beiden Wochen vor der Wahl praktisch ein Ding der Unmöglichkeit.

Trotz diesen Voraussetzungen wird man den nun erfolgten «Machtwechsel» in Bonn mit einiger *Skepsis* beurteilen müssen. Die Parole von der «gesundgeschrumpften» FDP, wie sie von sozialdemokratischer Seite sofort ausgegeben wurde, entspricht nur bedingt der Realität. In der neuen, dreissig Mann starken FDP-Fraktion des Bundestages sitzen manche Abgeordnete, die sich in der Vergangenheit vehement gegen ein Zusammengehen mit der Linken gewehrt haben. Man wird diese innere Opposition der Freien Demokraten für eine Kanzlerwahl und für einige Abstimmungen der Parteidisziplin unterwerfen können. Ob dieser Zwang dauernd auf-

rechterhalten werden kann und genügt, um eine SPD/FDP-Koalition über die ganze vierjährige Legislaturperiode hinüberzuretten, steht auf einem andern Blatt. Die *innere Labilität* der Freien Demokraten hat sich in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik zu häufig manifestiert, als dass hier nicht zumindest Zweifel an der Standfestigkeit dieser Partei laut werden müssten. Nur sieben FDP-Abgeordnete müssen schwenken, um einen neuen *Umsturz des politischen Kräftegleichgewichtes* in der Bundesrepublik herbeizuführen. Die Regierung der Kleinen Koalition, wie sie jetzt in Bonn installiert wird, ist angesichts dieser prekären Mehrheitsverhältnisse auf alle Fälle ein *unstabiles Gebilde*, und es bleibt zu befürchten, dass Westdeutschland einer Periode entgegengeht, in der die politische Stabilität nicht mehr in gleicher Weise gewährleistet ist wie in den beiden vergangenen Jahrzehnten.

Gewissenserforschung bei der CDU/CSU

Für die regierungsgewohnte Christlich-Demokratische Union bedeutet der Verlust ihrer führenden Stellung einen schweren Schock. Die Partei kann sich nicht von aller Schuld an der Entwicklung freisprechen, die sie nun aus den Regierungspositionen verdrängt hat. Zu sehr hat die CDU/CSU in dem Wahlkampf darauf spekuliert, die *absolute Mehrheit* zumindest der Abgeordnetensitze zu gewinnen, um aus eigener Kraft ein neues Kabinett bilden zu können. Zu stark hat sich die Union auch jede Möglichkeit einer Kleinen Koalition mit den Freien Demokraten verbaut, indem sie es zuliess, dass alle Brücken zu dem ehemaligen bürgerlichen Juniorpartner abgebrochen wurden. Die *Bundespräsidentenwahl* vom 5. März 1969, die erstmals die Möglichkeit einer SPD/FDP-Koalition andeutete, war als Warnsignal unbeachtet geblieben. In der Wahlnacht schliesslich hat sich die CDU/CSU von allem Anfang an von den Sozialdemokraten an die Wand spielen lassen. Die sozialdemokratische Führung hat entschlossen die Chance genutzt, die ihr der Wahlaus-

gang bot, und die FDP resolut zu sich hinübergezogen, ungeachtet des für die Freien Demokraten katastrophalen Wahlausganges, der eine eigentliche Desavouierung des Linkskurses der FDP bedeutete.

Für die CDU/CSU gilt es nun, aus der erlittenen Schlappe die Lehren zu ziehen. Die neue Rolle als Opposition wird ihr einige Aufgaben stellen. Als erste ist zu nennen die gründliche Überholung der Partei sowohl in ideeller wie personeller Hinsicht. Nach zwanzigjähriger Regierung weist die Union eindeutig *Verschleisserscheinungen* auf – was keineswegs als katastrophales Zeichen zu werten, sondern ganz natürlich ist. Die hohe Stimmenzahl, die die Union trotzdem erreichte, kann sie als Beweis des grossen Vertrauens weiter Kreise der Bevölkerung interpretieren. Gleichzeitig aber scheint es an der Zeit zu sein, dass an der Spitze einige Änderungen im Sinne einer Verjüngung der Parteiführung notwendig sind. Der *Parteitag* der Union, der im November in Mainz zusammentritt, wird Aufschluss darüber geben, wie weit diese Gewissenserforschung sich bereits in konkreten Änderungen nach aussen hin manifestiert.

Eine Gefahr freilich ist nicht von der Hand zu weisen. Die CDU/CSU in der Opposition könnte in Versuchung geraten, einen *stärkeren Rechtskurs* zu steuern als bisher, in der Hoffnung, aus dem Reservoir der NPD-Wähler die fehlenden Stimmen zur absoluten Mehrheit bei der nächsten Wahl zu gewinnen. Einige Tendenzen, vor allem in der bayrischen CSU, deuten schon seit einiger Zeit in dieser Richtung. Viel wird davon abhängen, wer in Bonn die Führung der Opposition in die Hand bekommt. Sollte dies, was keineswegs ausgeschlossen ist, der CSU-Vorsitzende *Franz Josef Strauss* sein, so eröffnet das Möglichkeiten, die zu einigen Bedenken Anlass geben.

Frankreichs Kurs zwischen Ost und West

Die neue deutsche Bundesregierung unter der Führung von *Brandt* und *Scheel* wird

ihre aussenpolitischen Anstrengungen darauf konzentrieren, mit Moskau erneut ins Gespräch zu kommen. Sie schwenkt damit energischer, als es das Kabinett der Grossen Koalition getan hat, auf einen Kurs ein, den auch Frankreich verfolgt und der in den letzten Wochen durch die Besuche verschiedener französischer Minister in der Sowjetunion erneut bekräftigt worden ist. So hat vor allem Aussenminister *Maurice Schumann* in Moskau Gespräche geführt. Die Bilanz dieser Unterredungen besteht darin, wie Präsident *Pompidou* nach Schumanns Rückkehr im Ministerrat erklärte, die Blöcke zu überwinden und Freundschaft nach beiden Seiten zu halten. Auch das Frankreich nach de Gaulle will also die Aussenpolitik des Generals fortsetzen und die Kontakte zur UdSSR – wie sie sich seit de Gaulles Russlandreise im Sommer 1966 angebahnt haben – weiter ausbauen. Eine Reihe von Besuchen und Gegenbesuchen auf lange Sicht wird angekündigt: Pompidou soll sich nächstes Jahr nach der Sowjetunion begeben, und 1971 soll die sowjetische Führung nach Paris kommen. Frankreich nimmt heute auch gegenüber der von den Staaten des Warschaupaktes im März angeregten *europäischen Sicherheitskonferenz* eine positivere Haltung ein als noch vor kurzem – auch hier soll der Wille zu einer Politik der Entspannung augenfällig demonstriert werden.

Es ist offensichtlich, dass der aussenpolitische Kurs der französischen Regierung vornehmlich durch *innenpolitische Motive* bestimmt wird. Frankreich leidet noch immer unter den Nachwirkungen der inneren Krise des vergangenen Jahres. Was das Land heute vornehmlich braucht, ist *Stabilität*. Eine solche kann die Regierung aber nur erreichen, wenn sie die beiden grössten politischen Gruppen – Gaullisten und Kommunisten – paralyisiert. Den einen wird eingehämmert, dass Pompidou nur der Fortsetzer und Willensvollstrecker der Politik des Generals sei, den andern wird durch die Versöhnungsgesten gegenüber Moskau der Wunsch nach guten Beziehungen zu der Supermacht im Osten vorexerziert. Diese Politik der Beschwichti-

gung gegenüber rechts und links scheint dem neuen Herrn im Elysée der einzig gangbare Weg zu sein, um für die dringend notwendigen Reformprojekte im Innern genügend Zeit zu gewinnen.

Mahnmal Prag

Die neue Aktivität in den Bemühungen um eine Entspannung zwischen Ost und West – eine Aktivität, die vor allem von westeuropäischer Seite ausgeht – spielt sich gerade in einem Zeitpunkt ab, da die Sowjetunion in der *Tschechoslowakei* erneut deutlich gemacht hat, dass sie entschlossen ist, innerhalb des eigenen Machtbereiches alle Befürworter eines von den Intentionen Moskaus abweichenden Kurses auszuschalten und mundtot zu machen. Die beiden profiliertesten Vertreter des Reformflügels der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, *Alexander Dubcek* und *Josef Smrkovsky*, sind Mitte Oktober weiter zurückgestuft worden und haben nun auch ihre parlamentarischen Ämter verloren. Man mag dies nur als die logische Folge des sowjetischen Vorgehens bezeichnen, das von Anfang an darauf angelegt

war, in der CSSR weniger durch spektakuläre Massnahmen als durch ein schrittweises Zurückdrängen der Reformer zu den Zuständen vor dem Januar 1968 zurückzukehren. Spätestens seit dem 17. April 1969, als Dubcek seiner Funktionen als Generalsekretär der Partei enthoben wurde, sind die Weichen gestellt worden, die zu den heutigen personellen Änderungen führten. Mit Bangen stellt man sich die Frage, ob damit für Dubcek und Smrkovsky wie auch für die vielen anderen Befürworter einer liberaleren Haltung des Regimes nun das Ende der Demütigungen gekommen sei oder ob die Entwicklung in der CSSR in eine neue schreckliche Periode der Säuberungen einmünde, wie sie die Sowjetunion in den späten dreissiger Jahren erlebte und wie sie sich, nicht minder brutal und makaber, zwischen 1948 und 1952 in den osteuropäischen Satellitenländern wiederholte. Die Eilfertigkeit, mit der die neue Führung in der Tschechoslowakei heute den sowjetischen Herren nach dem Munde redet – wie etwa Ministerpräsident *Cernik* im Parlament –, eröffnet düstere Perspektiven.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Rücktritt unserer Aussenminister

Die innenpolitische Szene der letzten Wochen war durch die zwei Rücktritte aus dem Bundesrat beherrscht. Mit Dr. Willy Spühler und Dr. Hans Schaffner scheiden gewissermassen unsere beiden Aussenminister aus der Landesregierung. Diese Formulierung stellt keine Herabminderung des nominellen Aussenministers und Leiters des Politischen Departements dar. Sie widerspiegelt lediglich einen realen Sachverhalt: Aussenpolitik hat heutzutage nicht mehr allein die zwischenstaatlichen Beziehungen im völkerrechtlichen Sinne zum Gegenstand; sie umfasst darüber hin-

aus auch den weiteren Bereich der *Aussenhandelsbeziehungen*, der in den letzten 15 Jahren durch die integrationspolitischen Dimensionen in Europa für einen Kleinstaat wie den unsrigen geradezu lebenswichtige Bedeutung bekommen hat.

Zwar ist das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement weit davon entfernt, nur Aussenhandelsdepartement zu sein. Davon weiss gerade Dr. Hans Schaffner ein Lied zu singen. Allein schon die Landwirtschaftsabteilung wäre im Grunde ein Vollamt. Aber auch Problemkreise wie die Konjunkturpolitik stellen ausserordentliche Anforderungen. So ist es nicht verwunderlich, dass das Volkswirtschafts-

departement im Rufe steht, seine Vorsteher einem kaum noch zu verantwortenden Verschleiss an physischen und seelischen Kräften auszusetzen. Auch Bundesrat Schaffner, der immerhin fast neun Jahre durchgehalten hat, musste dem Amt schliesslich seinen Tribut zollen: Sein Rücktritt erfolgte auf dringenden Rat der Ärzte.

Obwohl Bundesrat Schaffner auf allen Gebieten seines weitschichtigen Departementes im wahrsten Sinne des Wortes seinen Mann stellte, wird er aber doch wohl vor allem als Aussenpolitiker in die Geschichte des Landes eingehen. Als langjähriger Direktor der Handelsabteilung und virtuoser Unterhändler auf internationaler Ebene war er anfangs der sechziger Jahre, als es galt, in der europäischen Integrationspolitik einen zielsicheren Kurs zu steuern, geradezu prädestiniert für das Volkswirtschaftsdepartement, bei dem die Hauptlast der Integrationspolitik konzentriert war. Hatte Dr. Schaffner schon als Minister wesentlich zum Aufbau und zur Konsolidierung der EFTA beigetragen, so machte er sich nun mit doppelter Energie daran, der «Kleinen Freihandelszone» endgültig zum Erfolg zu verhelfen. Es ist weitgehend das Verdienst Hans Schaffners, dass die Stimme der Schweiz so viel Gewicht erhielt und dass es gelang, eine integrationspolitische Isolierung zu vermeiden. Sein Nachfolger wird auf soliden Fundamenten weiterbauen können. Denn nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es Bundesrat Schaffner und seinem Team in den allerletzten Jahren gelungen, auch mit den Exponenten der EWG wenigstens so weit ins reine zu kommen, dass künftige Verhandlungen ohne allzu grosse Reibungsverluste über die Bühne gehen sollten.

Geglückte Arbeitsteilung

Nachdem die Aussenhandels- und Integrationspolitik in so guten Händen war, konnte sich Bundesrat Spühler, der 1966 vom Post- und Eisenbahndepartement ins Aussenministerium gewechselt hatte, voll auf andere Aufgaben konzentrieren. Er hat dies mit Auszeichnung getan. Diese Fest-

stellung ist um so erfreulicher, als Dr. Willy Spühler – man darf dies heute ruhig sagen – bei Amtsantritt mit wenig Vorschusslorbeeren bedacht worden war. Man war in weiten Kreisen geneigt, in ihm eher eine Übergangslösung zu sehen. Doch es kam anders. Er verwaltete nicht nur umsichtig das Erbe seiner Vorgänger, der Bundesräte Petitpierre und Wahlen. In seiner Amtszeit entstanden mit dem Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den UN und der Studie über den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention auch Dokumente grundlegender Art, die hohe Anerkennung fanden und die jedes in seiner Art zukunftsweisend sein dürften. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass in bezug auf die Menschenrechtskonvention nicht alles nach Wunsch des Aussenministers verlaufen ist. Studie und Parlamentsdebatten bilden so oder so einen aussenpolitischen Markstein.

Ob dem *Aussenminister* Spühler hat man fast den Post- und Eisenbahnminister vergessen. In die fünf Jahre seines Wirkens fiel eine grundlegende Reorganisation dieses Departements. Auch die PTT-Spitze wurde in dieser Zeit umgeformt, und das SBB-Gesetz wurde einer Revision unterzogen. So kann Bundesrat Spühler auf ein eindruckliches Lebenswerk zurückblicken.

Abschied von der bisherigen Aussenpolitik?

Unsere beiden Aussenminister werden also abgelöst. Bedeutet dies zugleich eine Zäsur in der Aussenpolitik selbst? Man ist geneigt, diese Frage zu bejahen, wenn auch nicht in dem Sinne, dass nun andere Männer mit anderen Programmen ans Ruder kämen. Die schweizerische Aussenpolitik war bisher aus dem innenpolitischen Kampf weitgehend ausgeklammert. Es bestand zwischen den Parteien eine Art stillschweigender Übereinkunft, dass die Aussenbeziehungen nicht zum internen Zankapfel werden sollten, dass vielmehr auf eine *Unité de doctrine* auszugehen sei, um unsere Stellung der Umwelt gegenüber nicht unnötig durch inneren Zwiespalt zu schwä-

chen. Diese grundsätzliche Verhaltensweise kam auch in der jüngsten aussenpolitischen Debatte über den UN-Bericht wieder deutlich zum Ausdruck. Und daran wird sich wohl auch künftig nicht so rasch etwas ändern, obwohl es dringend nötig wäre, dass die Bundesversammlung sich stärker mit der Aussenpolitik beschäftigen würde als bis anhin.

Wenn sich das Parlament aus Gründen der Staatsräson diszipliniert davor hütet, aussenpolitische Sonderzügelein zu starten, so gilt dies traditionsgemäss in noch viel höherem Masse vom Bundesrat. Für Experimente ist in der kleinstaatlichen Aussenpolitik eines neutralen Landes kein Raum. Trotzdem dürfte das nächste Dezennium wesentlich andere Akzente erhalten als das letzte. War Bundesrat Schaffner ein «EFTA-Politiker», so wird sein Nachfolger notgedrungen eher ein «EWG-Politiker» sein müssen. Nach der Vollendung des EFTA-Programms geht es nun darum, auch mit Brüssel in verbindlichere Gespräche zu kommen. Und was die nicht-wirtschaftliche Aussenpolitik betrifft, so wird der Nachfolger Bundesrat Spühler mit dem UN-Problem ein hängiges Traktandum zu übernehmen haben, das zwar nicht gleich morgen, aber vielleicht übermorgen in eine grundsätzliche Weichenstellung ausmünden wird, die angesichts ihrer Tragweite sehr viel zu reden geben und die von der Regierung ein grosses Mass an Führungsgeschick erheischen dürfte.

Unwürdige Machenschaften?

Rund um die Rücktritte und die Nachfolgeprobleme hat es Nebengeräusche gegeben, die da und dort sehr kritischen Kommentaren riefen. Tatsache ist, dass der zuerst erfolgte Rücktritt Bundesrat Schaffners eine Kettenreaktion ausgelöst hat, die man fast als zwangsläufig bezeichnen muss: Bundesrat Spühler, der sonst wahrscheinlich noch einige Monate länger im Amte ausgeharrt hätte, reichte ebenfalls seinen Rücktritt ein, um mehr Spielraum bei der Kandidatenauslese zu schaffen. Darüber hinaus sah sich Bundesrat

Bonvin zu einem Interview im welschen Radio veranlasst, in dem er andeutete, dass von seiner Partei Druck ausgeübt worden sei, um ihn ebenfalls zum Rückzug aus der Regierung zu bewegen.

Das alles sind Dinge, die fürs Auge nicht gerade schön wirken. Sie tragen auch sicherlich dazu bei, die Parteien noch stärker in den Geruch der Kulissenschieberei und Manipulation zu bringen. Auf der andern Seite muss man doch wohl zur Kenntnis nehmen, dass man halt nicht alles haben kann. Nach dem Willen des Volkes haben wir eine verhältnismässig kleine Kollegialregierung, die ausserdem nach den Bedürfnissen des Föderalismus und des Minderheitenschutzes zusammengesetzt sein muss. Seit bald dreissig Jahren sind darüber hinaus auch sämtliche grossen Landesparteien im Bundesrat vertreten. So führen Einervakanzen manchmal zu fast unlösbaren Problemen.

Abgesehen von der Eliminierung der verfassungsmässig verankerten, im Zeitalter der Binnenwanderung aber endgültig überholten Bestimmung, wonach aus einem Kanton gleichzeitig nur ein Vertreter resp. Kantonsbürger in den Bundesrat Einsitz nehmen darf, lässt sich deshalb an den gegebenen Verhältnissen kaum etwas ändern, es sei denn, man nehme eine grundlegende Änderung des Regierungssystems vor. Solange wir an der Vielparteienregierung in Form der nach regionalen Gesichtspunkten zusammengesetzten Kollegialbehörde festhalten, sind wir darauf angewiesen, dass die Bundesräte ihre Rücktrittsabsichten nach Möglichkeit so koordinieren, dass keine Einervakanzen entstehen. Dabei wird es trotzdem nicht zu verhindern sein, dass hin und wieder an sich befähigte Anwärter der Konstellation zum Opfer fallen und übergangen werden müssen. Das ist der Preis für ein Regierungssystem, das im übrigen nach wie vor viele unbestrittene Vorzüge aufweist.

Konjunkturpolitik auf freiwilliger Basis?

Zu einer Zeit, da sich die amerikanische Regierung zu harten Interventionen für die

Bekämpfung der Inflation veranlasst sieht, ist der schweizerische Nationalrat davor zurückgeschreckt, der Notenbank durch eine entsprechende Gesetzesrevision mehr Einflussmöglichkeiten zu eröffnen. Er verzichtete in der Herbstsession darauf, auf die Vorlage des Bundesrates einzutreten, und gab damit der bereits in Kraft getretenen privatrechtlichen Vereinbarung zwischen der Bankiervereinigung und der Nationalbank den Vorzug. Es würde überraschen, wenn der Ständerat in der Dezembersession einen andern Entscheid fällte.

So sympathisch die zustande gekommene freiwillige Vereinbarung berührt – die Frage bleibt vorläufig offen, ob es den Banken tatsächlich gelingen werde, die vorgesehenen währungs- und kreditpolitischen Handhaben ohne staatliche Sanktionen funktionsfähig zu erhalten. Ein Rahmenvertrag besitzt nun einmal nicht die gleiche Autorität wie ein Gesetz, und vor allem bleibt er gegenüber Aussenseitern nicht wirksam. Die Befürworter dieser Lösung weisen andererseits nicht zu Unrecht darauf hin, dass die privatrechtliche Vereinbarung *sofort* wirksam wurde, während das Gesetz noch weiter hätte erdauert werden müssen, um womöglich am Schluss durch das Referendum zu scheitern. Immerhin wird es zweckmässig sein, die Gesetzesrevision in Reserve zu halten.

Deutsch und Welsch

Es war vor und während des Ersten Weltkrieges, als das Wort vom «Malaise» auf-

kam. Anders als heute bezeichnete es damals nicht ein allgemeines, sondern ein sehr spezielles Unbehagen: die Entfremdung zwischen Deutsch und Welsch. Inzwischen ist der «Graben» jener Zeit einigermaßen überdeckt worden. Auch wenn es hie und da zu Polemiken über die Saane hinweg kommt, so kann keine Rede mehr sein von jenen schroffen Gegensätzen, welche durch das «Malaise» charakterisiert wurden. Heutzutage ist eher das Gegenteil der Fall: Aus dem ehemaligen Gegeneinander ist ein fast beziehungsloses Nebeneinander geworden, das dem Geist eines eidgenössischen Gemeinwesens ebensowenig entspricht und die Tendenz zu einem gefährlichen Auseinanderleben in sich birgt.

Unter diesen Umständen ist es sehr verdienstlich, dass immer mehr Kantone und andere öffentliche Körperschaften bestrebt sind, bilaterale offizielle Kontakte zu organisieren. Allein in diesem Herbst war dies zweimal der Fall: Am Lausanner Comptoir war der Kanton Zürich zu Gast, an der Sankt Galler Olma der Kanton Wallis. Wenn es auch meist bei Behördenkontakten bleibt und kaum die Rede von Besuchsaustausch auf breiterer Basis sein kann, so sind solche Veranstaltungen durch ihre Ausstrahlung über Presse, Radio und Fernsehen doch äusserst wertvoll. Sie bilden einen Beitrag dazu, aus dem Nebeneinander ein Miteinander werden zu lassen.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Währungsfonds und Weltbank

Anfangs Oktober ist die Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF), der sogenannten Bretton-Woods-Institute, in Washington über die Bühne gegangen. Diese Tagung, an der sich die Finanzminister und Notenbankgouver-

neure zahlreicher Länder treffen, gehört zu den wichtigen wirtschaftlichen Ereignissen im Jahresablauf; sie befasst sich, der Natur dieser Institute entsprechend, primär mit Währungsfragen und Entwicklungsproblemen. Die überragende Bedeutung dieses Zusammentreffens liegt indessen weniger in der gewissenhaften Erfüllung eines fixen

Tagungsprogrammes, sondern vielmehr im zwangslosen Gedankenaustausch auf hoher und höchster Ebene.

Im Jahresbericht des IMF wird zur Frage der «Internationalen Liquidität» und des sogenannten Anpassungsprozesses der Zahlungsbilanzen Stellung bezogen. Es wird der Auffassung Ausdruck gegeben, dass die Sonderziehungsrechte im Bedarfsfalle der Ergänzung der bestehenden Währungsreserven dienen sollen. Damit ist ausgesagt, dass die Existenz eines Mangels an internationaler Liquidität vom IMF als gegeben betrachtet wird. Diese Frage ist bekanntlich unter den Währungspolitikern umstritten. Die Experten des Fonds stellen in ihrer Analyse die Welthandelsentwicklung den vorhandenen Währungsreserven gegenüber; und aus der Tatsache, dass sich das Verhältnis zu Ungunsten der Währungsreserven bei gleichzeitig gestiegener monetärer Unstabilität verschoben hat, wird auf die Möglichkeit eines sich künftig nachteilig auswirkenden Liquiditätsmangels geschlossen.

Pierre Paul Schweitzer, Generaldirektor des IMF, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass die Politik zur Überwindung von Zahlungsbilanzdefiziten und zur Inflationsbekämpfung durch zu knappe Währungsreserven nicht behindert werden dürfe. Von diesem Blickwinkel aus rechtfertigte sich die Einführung von Sonderziehungsrechten. Die Bedingung, dass der Anpassungsprozess durch die Einführung von Sonderziehungsrechten besser funktioniere – eine Bedingung, die seinerzeit für die Realisierung von Sonderziehungsrechten aufgestellt wurde –, ist damit im Urteil Schweitzers gegeben. An der Jahresversammlung wurde denn auch beschlossen, dieses erste künstliche Reservemedium in den nächsten drei Jahren im Gesamtbetrag von 9,5 Mia. Dollar allen Mitgliedern des IMF entsprechend ihren Fondsquoten gratis zur Verfügung zu stellen. Dieses Vorgehen ist, wie verschiedene Beobachter der währungspolitischen Szenerie hervorgehoben haben, nicht ganz problemlos. Die Frage jedenfalls, ob die ursprünglichen Bedingungen, die für die Benützung von

Sonderziehungsrechten aufgestellt wurden (globaler Liquiditätsmangel, besseres Zahlungsbilanzgleichgewicht und Aussicht auf ein befriedigendes Funktionieren des Anpassungsmechanismus der Zahlungsbilanzen), heute tatsächlich gegeben sind, ist zumindest nicht befriedigend beantwortet. Besteht tatsächlich ein internationaler Liquiditätsmangel, oder handelt es sich nicht eher um einen Liquiditätsmangel einzelner Länder?

Im übrigen stand die diesjährige Tagung des IMF im Schatten der erneut aufgeflamten *Spekulation um die D-Mark*, insbesondere natürlich der Freigabe des D-Mark-Kurses, mit der die Spekulation eingedämmt werden sollte – und in der Folge auch wurde. Der Fonds, der bekanntlich für ein System fixer Wechselkurse eintritt, hat gezwungenermassen gute Miene zum «bösen» währungspolitischen Spiel der Bundesrepublik gemacht. Schweitzer anerkannte zwar, dass damit die Spekulation eingedämmt werden konnte; er gab aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass diese Massnahme nicht über eine «gewisse» Zeitspanne aufrechterhalten werde. Die Bundesrepublik hatte sich mit der Freigabe des Wechselkurses in Gegensatz zu den IMF-Statuten gesetzt; obwohl das Vorgehen der Bundesrepublik die Wechselkurspolitik gewissermassen «enttabuisiert» hat, so war an der IMF-Tagung doch deutlich der Wille spürbar, solche «Einbrüche» nicht einreissen zu lassen. Das gilt auch bezüglich der sogenannten «Crawling Pegs», wonach die Wechselkurse automatisch bzw. in kleinen Schritten den während einer bestimmten Periode am freien Devisenmarkt notierten Kursen angenähert werden sollen.

Bei der Weltbank standen die Fragen der *Entwicklungspolitik* im Vordergrund. *Robert McNamara* hatte bei seiner ersten Rede vor dem Gouverneursrat der Bretton-Woods-Institute eine eigentliche *Änderung der Strategie* der Entwicklungspolitik in Aussicht gestellt: Verdoppelung der Ausleihungen innerhalb von fünf Jahren, stärkere Berücksichtigung von Afrika und Lateinamerika sowie Bildung von Aktions-

schwerpunkten bezüglich der Familienplanung, der Erziehungspolitik sowie der Nahrungsmittelproduktion. Diese Aktionslinien wurden seither eingehalten.

Auch in seiner Rede vor der diesjährigen Tagung legte McNamara besonderes Gewicht auf die Notwendigkeit einer effektiveren *Bevölkerungspolitik*; Erfolg oder Misserfolg dieser Politik wird nach der Auffassung McNamaras über Erfolg oder Misserfolg der Entwicklungspolitik schlechthin entscheiden. Ausserdem betonte der Präsident der Weltbank, dass die von der Bank unterstützten Projekte wirtschaftlich solide sein sollten, dass sie aber insbesondere auch zur sichtbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Entwicklungsländer beitragen sollten (Arbeitslosigkeit, Verstädterung, Industrialisierung). Diese Zielskala fliesst aus der Einsicht, dass – nach den Schätzungen McNamaras – in den Entwicklungsregionen rund ein Drittel der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung keine Beschäftigung hat, dass sich die städtische Bevölkerung bis zum Ende dieses Jahrhunderts verfünffachen wird und dass die Beibehaltung veralteter Produktionsstrukturen im industriellen Sektor den Entwicklungsländern immer grössere Nachteile bringen wird. Der detaillierten Formulierung einer in diesem Sinne konzipierten Entwicklungsstrategie soll der vor kurzem veröffentlichte Pearson-Bericht dienen.

Freigabe des D-Mark-Kurses

Am Montag nach den Wahlen in der Bundesrepublik (29. September) hatte die Bundesregierung mit einer spektakulären Massnahme, nämlich der *Freigabe des Wechselkurses*, aufgewartet, nachdem die D-Mark in den letzten Tagen der Wahlkampagne wieder zum Objekt vehementer Spekulationen geworden war, auf die die Regierung im Klima einer ständig gestiegenen Hektik vorerst mit der *Schliessung der Devisenmärkte* geantwortet hatte. De facto kam diese Massnahme einer Aufwertung der D-Mark gleich, gegen die sich die Regie-

rung Kiesinger mit Händen und Füssen gewehrt hatte. Bisher schwankte der Wechselkurs der D-Mark zwischen 5% und 7% über der ursprünglichen Parität. Es muss nunmehr als sicher angenommen werden, dass, obwohl im Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes die Befristung dieser Massnahme noch ungewiss ist, eine Aufwertung der D-Mark auch formell erfolgen wird.

Die Freigabe des D-Mark-Kurses hat bezüglich der *Eindämmung der Spekulation* sehr prompt gewirkt. Dagegen scheint es eher fraglich, ob sie auch in der Lage sein wird, die boomartig sich entfaltende Wirtschaft in der Bundesrepublik so zu normalisieren, dass die Stabilität an der Preisfront erhalten werden kann. Die expansiven Energien, die ursprünglich in erster Linie, sicherlich nicht ausschliesslich – die Schillerschen monetären Injektionen waren ebenfalls wirksam –, von der Auslandnachfrage geschaffen wurden, haben längst auf die Binnenwirtschaft übergeschlagen, so dass die sogenannte aussenwirtschaftliche Absicherung höchstens noch partiell wirken könnte. Insofern kommt die Aufwertung, wenn sie rein ökonomisch betrachtet wird, zweifellos zu spät.

Die «kalte Aufwertung» hat zudem die *EWG-Agrarmarktordnung* in neue Schwierigkeiten gestürzt. Die Europäische Kommission hat die Bundesregierung sehr rasch aufgefordert, die Importabgaben, die zum Ausgleich der durch die Freigabe des D-Mark-Kurses entstandenen Preisunterschiede bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingeführt wurde, sofort wieder abzuschaffen und dafür die Importe aller der Intervention unterliegenden Agrarprodukte aus der Gemeinschaft und aus dritten Ländern zu suspendieren. Dagegen hatte die Bundesregierung beim Europäischen Gerichtshof Klage geführt; Bonn wandte sich vor allem gegen den totalen Einfuhrstopp, da es eine solche Massnahme als weniger marktkonform betrachtet als eine vorübergehende Erhebung von Abschöpfungsbeträgen für Importe in der Bundesrepublik. Mit diesem Rekurs ist die Bonner Regierung jedoch nicht durchgedrungen. Trotzdem, um dieses kurvenreiche Spiel offen-

bar noch etwas spannender zu machen, ist dann die Kommission nochmals auf ihren ursprünglichen Entschluss zurückgekommen und hat der von der Bundesrepublik verfolgten Lösung im Grundsatz zugestimmt. Die Kommission hat bei dieser Gelegenheit aber deutlich zu verstehen gegeben, dass flexible Wechselkurse mit den Prinzipien des Gemeinsamen Marktes unvereinbar seien und dass im Rahmen der gemeinschaftlichen Verfahren zu festen Wechselkursen zurückgekehrt werden müsse.

Abgesehen von diesen Schwierigkeiten, war das deutsche Vorgehen aber doch ein Beweis dafür, dass flexible Wechselkurse mindestens während einer gewissen Zeit durchaus praktikabel sind, dass eine solche Politik aber auf dem Boden der gültigen währungspolitischen Spielregeln zu erheblichen Problemen Anlass gibt. Gleichzeitig hat die Bundesregierung die Gelegenheit wahrgenommen, die sogenannte «Quasianaufwertung», das heisst die im Mai vorgenommene steuerliche Belastung der Exporte und entsprechende Entlastung der Importe, aufzuheben. Wäre diese Massnahme bei fixen Wechselkursen vorgenommen worden, so wäre dies einer Abwertung der D-Mark gleichgekommen, was in der heutigen Situation eine konjunkturelle Absurdität gewesen wäre. Durch die Flexibilität des Wechselkurses ist dagegen die Wirkung der Abschaffung der «Quasianaufwertung» durch einen weiter steigenden D-Mark-Kurs aufgefangen worden.

Frankreichs Stabilisierungsbemühungen

Ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine *Stabilisierung* der französischen Wirtschaft ist der Regierung Chaban-Delmas anfangs Oktober durch die Wiederherstellung des *Budgetgleichgewichts* gelungen. Giscard d'Estaing, Finanzminister, hielt an einer Pressekonferenz fest, dass die von der Regierung befolgte Politik die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Finanzen, den Ausgleich zwischen der Produktion und dem Verbrauch im Inland und schliesslich die Beseitigung des Handelsbilanzdefizites anstrebe. Der ordentliche Budgetentwurf für 1970 sieht nun Ausgaben von 157,3 Mia. fFr. und Einnahmen von 159,95 Mia. fFr. vor, so dass ein leichter *Einnahmenüberschuss* entsteht.

Die Struktur des Staatshaushaltes wird dadurch gekennzeichnet, dass die Ausgaben eine Erhöhung von 6,2% gegenüber dem Vorjahr erfahren, während mit einem Wachstum des Bruttosozialproduktes von 9% gerechnet wird. Und Giscard d'Estaing gab zu verstehen, dass diese mässige Ausgabensteigerung das Ergebnis grosser Anstrengungen darstelle und dass die Regierung gewillt sei, auf diesem Pfade weiterzuschreiten. Es ist dabei bemerkenswert, dass der Budgetausgleich, im Gegensatz zu früheren Jahren, nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch eine *Drosselung der Ausgaben* erreicht werden konnte.

Oeconomicus